

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1931

100 (30.4.1931)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage
Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Auslieferung frei ins Haus monatlich Goldmark 1.80
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluss Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt

Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundchrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher abgegeben werden.

Bank-Konto
Bereitschaft Sinsheim
e. G. m. b. H.

Nr. 100.

Donnerstag, den 30. April 1931.

92. Jahrgang

Vertrauen zur Stabilität der deutschen Wirtschaft

Bedeutende politische Feststellungen im Jahresbericht der Reichsbank.

Berlin, 30. April. Der Jahresbericht der Reichsbank für 1930 enthält dieses Mal auch bedeutende politische Feststellungen. So stellt der Bericht ausdrücklich fest, daß die seit 1928 beobachtete Verschlechterung des deutschen Wirtschaftslebens während des Berichtsjahres unter der Einwirkung der Weltwirtschaftskrise sich außerordentlich verschärft habe. Daß Deutschland überhohe Reparationsleistungen zu tragen habe, gebe der inländischen Depression ihre besondere Schwere. Unter dem Zwange seines Kapitalbedarfs müsse Deutschland mit aller Macht an der Besserung seiner Handelsbilanz arbeiten.

Die Ausfuhr um jeden Preis steigern und zugleich die Einfuhr einschränken, was die Weltwirtschaftskrise weiter zu verschärfen geeignet sei.

Dabei falle es schwer, ins Gewicht, daß die Reparationszahlungen seit Beendigung der Pariser Konferenz ihrem realen Wert nach um ein Fünftel gewachsen seien. Es zeige sich mit erschreckender Deutlichkeit, was die deutschen Vertreter bei der Pariser Konferenz fortgesetzt aber erfolglos betont hätten, nämlich

daß der unaufhörliche Druck der Siegerstaaten immer von neuem politische und wirtschaftliche Erschütterungen veranlasse.

Die dem deutschen Wirtschaftsapparat unter diesem Druck auferlegten Lasten ließen ihm keine ausreichende Rente. Der bisher beschrittene Weg, die zur Deckung der Reparationen und des wirtschaftlichen Kapitalbedarfs benötigten Beiträge durch Aufnahme von Auslandsschulden aufzubringen, habe zu äußerst gefährlichen und auf die Dauer unerträglichen Zinslasten geführt. Der Bericht betont sodann, daß diese Lage den Nährboden für Währungsbesorgnisse ähnlicher Art gebildet habe, wie sie schon im Vorjahre während der Pariser Konferenz aufgetreten seien, die diesmal durch innerpolitische Vorgänge ausgelöst worden seien, die als Reaktion einer auf die Spitze getriebenen Volksnot gewertet werden müßten. Die Reichsbank habe indessen den Beweis liefern können, daß alle Befürchtungen wegen der Stabilität der Reichsmark durchaus grundlos seien.

Die finanzielle Erholung Deutschlands zufriedenstellend

Reichsbankpräsident Dr. Luthar auf der Generalversammlung der Reichsbank.

Berlin, 30. April. Auf der Generalversammlung der Reichsbank machte der Reichsbankpräsident Dr. Luthar bedeutende Ausführungen zur Gold- und Reparationsfrage.

Er wies u. a. darauf hin, daß die Verteilung des Goldes über die Erde hin falsch sei, nicht aber die Goldwährung als solche.

Die falsche Verteilung des Goldes sei die Folge politischer Vorgänge. In Deutschland z. B. sei der für Währungs- zwecke zur Verfügung stehende Goldbestand von 64 Mark im Jahre 1913 auf 36 Mark im Jahre 1930 im Kopf der Bevölkerung zurückgegangen, während z. B. in Frankreich dieser Goldbestand im gleichen Zeitraum von 150 Mark auf 214 Mark und in den Vereinigten Staaten von 88 auf 161 Mark zugenommen sei. Hauptursache dieser Goldverlustrungen seien die deutschen Reparationszahlungen und die internationalen Kriegsschuldenszahlungen. Solange diese Zahlungen anwachsen, wäre es wirtschaftlich vernünftig, von Empfängerländern her einen natürlichen Ausgleich der Zahlungen durch Einfuhr ausländischer Wertpapiere oder durch langfristige Anlage der Zahlungsmittelüberschüsse im Ausland herbeizuführen. Das geschehe jedoch nicht, jedenfalls nicht in dem erforderlichen Umfange und namentlich von Frankreich aus. Der Ausgleich werde vielmehr größtenteils durch Goldimporte vollzogen.

In einer Zeit, wo die ganze Welt und in besonders hohem Maße Deutschland nach langfristigen Kapital Hunger leide, entziehe man dem Lande, das es am nötigsten gebrauche, nicht nur durch die Reparationsleistungen das Kapital, sondern verbinde obendrein aus politischen und anderen Gründen, daß dieses Kapital nach seinem Umweg über die B. I. Z. sich weiter als Kapital zur Bekämpfung der Weltwirtschaft betätigen könne.

So sei ein beträchtlicher Teil des monetären Weltgoldbestandes seiner natürlichen Funktionen entleert und sterilisiert. Durch die politischen Zahlungen werde ein dauerndes Störungsmoment in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen gebracht. In Deutschland liege die durch die hohe kurzfristige Auslandsverschuldung begründete Sorge vor weiteren plötzlichen und unerwarteten Goldentziehungen als lähmender Alp auf dem Wirtschaftsleben. Nur so seien die Schwierigkeiten zu verstehen, vor denen die Reichsbank bei der Befähigung der für die Reparationszahlungen erforderlichen Devisen sich fortgesetzt befinde.

Der Reichsbankpräsident schilderte sodann die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr der Reichsbank mit dem Abziehen der Gelder aus Deutschland nach dem 14. September, mit der ab Mitte Oktober wieder einsetzenden Beruhigung usw. und betonte dann, daß wir noch weit davon entfernt seien, die Gold- und Devisenverluste des Herbstes wieder eingeebnet zu haben.

Der letzte Gold- und Devisenbestand der Reichsbank liege unter dem Höchststand des vorigen Jahres noch um 1 Milliarde zurück und sei gegenüber dem Zustand nach Ab-

schluß der Verluste im Herbst nur um etwa 200 Millionen gebessert. Nicht nur noch aber sei die Schlußfolgerung, daß es ohne besondere Maßnahmen die die Wirtschaft erneut belastet werden würden, nicht möglich gewesen wäre, den Wirtschaftsbedarf und den politischen Bedarf Deutschlands an Devisen zu decken, falls nicht die außergewöhnlichen Devisenüberschüsse des Winters (ausländische Kredite) hätte gefunden hätten. Diese Feststellung müsse getroffen werden, trotzdem die Handelsbilanz neuerlich aktiv geworden sei. Das Aktivwerden der Handelsbilanz beruhe im übrigen in keiner Weise auf einer Steigerung der Ausfuhr, sondern lediglich auf einer Verminderung der Einfuhr. Dr. Luthar betonte sodann, daß die geringe Besserung der Wirtschaft in den letzten Wochen über das saisonmäßige Maß nicht hinausgehe, ja die Verminderung der Erwerbslosigkeit bleibe hinter der vorjährigen jahreszeitlichen Erholung zurück.

So falsch es wäre, leere Hoffnungen zu erwecken, so fuhr Dr. Luthar fort, so kann doch andererseits darauf hingewiesen werden, daß offensichtlich in wichtigen Wirtschaftszweigen der Konsum seit längerer Zeit aus Lagerbeständen befriedigt wird, ohne daß eine laufende Wiederauffüllung in hinreichendem Umfange stattgefunden hat. Soweit solche Lagerbestände sich erschöpfen, ist mit einer allmählichen Erleichterung der Krise durch Aufträge auf Herstellung wichtiger Konsumgüter zu rechnen.

Außerdem soll mit Befriedigung festgestellt werden, daß die zusätzliche Not, die wir aus physikalischen Ursachen seit mehr als einem halben Jahre zu erdulden hatten, im Schwinden begriffen ist. Das Vertrauen im In- und Ausland zur Stabilität der deutschen Verhältnisse wächst erkennbar an.

Ein Spiegelbild der besonders seit Februar sich vollziehenden Wandlung zum Besseren bietet die Kursberuhigung der deutschen Papiere drinnen und draußen. Der Durchschnittskurs der festverzinslichen Werte an der Berliner Börse hat seinen Höchststand vom Sommer vorigen Jahres ungefähr wieder erreicht. Die Auslandsanleihen haben ebenfalls den größten Teil der Kurseinbußen an den Auslandsbörsen wieder aufholen können. Der Zins für langfristiges Geld in Deutschland im Zusammenhang mit dem Erfolg des 7-prozentigen Wandbriefes etwas gesunken. — Die deutschen Verhältnisse werden wieder ruhiger beurteilt.

Brünning verhandelt mit den Parteiführern

Die Sozialdemokraten beim Kanzler.

Berlin, 30. April. Der Reichskanzler empfing gestern vormittag die Vertreter der Sozialdemokratie. Die Bedenken der Sozialdemokratie richteten sich in der Hauptsache gegen die Erhöhung der Brotpreise, gegen den Butterzoll und u. a. auch gegen das von Schiele eingeführte Milchbrot, das von den Sozialdemokraten als Kriegsbrot bezeichnet wird. Die Sozialdemokraten fordern, daß die Regierung der Verpflichtung des Gesetzes vom 28. März 1931 nachkomme und jeder Brotpreiserhöhung vorbeuge. Eine solche Politik kommt also praktisch auf eine Forderung auf Entzug des Weizenzolles hinaus, bezw. auf die Herabsetzung eines größeren Weizenkontingents, da nur auf diese Weise eine Entzug des Brotpreises auf 46 Pfennige für das Normalbrot herbeigeführt werden kann.

In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Reichsregierung in dieser Frage sich entgegenkommend verhalten wird. Auch in der Frage des Butterzolles scheint eine entgegenkommende Haltung der Regierung zu erwarten zu sein. Gewisse Schwierigkeiten scheinen allerdings noch die sozialpolitischen Fragen zu machen, die in den nächsten Wochen das Kabinett stark beschäftigen dürften.

Das Ergebnis der Aussprache

Reichskanzler Brüning empfing gestern mittag als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Abg. Breitheid, Deth und Hilferding. Die Vertreter der Sozialdemokraten legten dem Kanzler dar, eine wie gefährliche Lage entstehen würde, wenn die Verpflichtung des Zollermäßigungs-gesetzes, den Brotpreis auf der Höhe des letzten halben Jahres zu halten, nicht eingehalten werde. Der Kanzler erwiderte, daß die Reichsregierung beabsichtige, den Brotpreis auf der alten Höhe zu halten und daß die Entscheidung über die dazu erforderlichen Maßnahmen vom Kabinett in kürzester Frist herbeigeführt werden soll. Bei diesen Maßnahmen dürfe — wie verlautet —

eine Senkung des Weizenzolles für ein bestimmtes Einfuhrkontingent (500 000 Tonnen) sowie eine Herabsetzung des Brotgesetzes

in Betracht kommen, die vielleicht eine geringe Herabsetzung der Qualität des Brotes bringen würde. Die Sozialdemokraten dürften sich damit kaum zufriedengeben, weil sie der Meinung sind, daß dadurch nicht die gegenwärtige Brotpreiserhöhung wieder rückgängig gemacht werde. Ebenso haben sie Bedenken gegen die Erhöhung der Zölle für Hülsenfrüchte, Speck und Hefe. Die Erhöhung des Salzpreises wird von ihnen besonders deshalb für bedenklich gehalten, weil die Landwirte dann zu vermehrter Roggenverfälschung veranlaßt werden könnten.

Was die Frage einer früheren Reichstagsauflösung angeht, so wollen sich die Sozialdemokraten dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags nicht anschließen, weil sie der Meinung sind, daß erst bestimmte Handlungen der Regierungspolitik klarlegen müßten, ehe das Parlament zur Entscheidung gerufen werden könnte.

In der Unterredung, die der Landvolksführer Abg. Gericke mit Reichskanzler Brüning hatte, wurde die sozialpolitische Lage berührt. Am Bordergrund stand die Handhabung

der Zollvorlagen des Reichsernährungsministeriums. Dr. Gericke wies u. a. auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Anwendung des Zollermäßigungs-gesetzes hin. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Morgen vormittag empfängt der Kanzler die Führer des Landvolks.

Finanz- und Sozialreform verzögern sich

Chefsprechungen in der Reichskanzlei.

Berlin, 30. April. Gestern abend 18 Uhr fand in der Reichskanzlei eine Chefsprechung unter dem Vorsitz von Dr. Brüning statt, an der der Ernährungsminister, der Außenminister und der Arbeitsminister teilnahmen. Die Besprechung diente der Vorbereitung der Kabinettsentscheidungen, die heute über die Agrarfragen fallen sollen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Mehrzahl der Zollerhöhungen beschlossen werden wird.

Die Erledigung der Finanz- und Sozialreform dürfte dagegen noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Arbeiten des Braunausschusses an den beiden letzten Gutachten sind, nachdem Vernehmungen nach,

nach nicht soweit gediehen, daß mit schnellen Entscheidungen des Reichskabinetts gerechnet werden könnte.

Den Abschluß der Gutachterstätigkeit des Braunausschusses erwartet man für Ende Mai, so daß die sozialpolitischen Reformen frühestens Anfang Juni durchgeführt werden können.

Unabhängig davon soll aber noch vor Pfingsten die Knappheitsversicherung saniert werden, da hier die Neuordnung wegen des laufenden Aufschubbedarfes der Knappheitsversicherung besonders dringlich ist.

Um die Deckung des Kassenbedarfes des Reiches

Berlin, 30. April. Wie verlautet, sollen die 150 Millionen Mark Schatzanweisungen der Reichspost nicht die einzige Belastung darstellen, die der Kapitalmarkt durch den Bedarf der öffentlichen Stellen zu erwarten habe. Hierbei werde es sich nicht um langfristige Kapitalaufnahme handeln, sondern wahrscheinlich um eine Emission von Schatzanweisungen, die sich noch unter einer zweijährigen Laufzeit halten würden. In Bankkreisen glaube man, etwa 6—12 monatliche Abschlüsse erwarten zu müssen, doch stehe darüber noch nichts fest. Jedenfalls solle es sich nur um die Deckung eines Kassenbedarfes des Reiches handeln, vor allem um die Ueberbrückung der Lücke, die sich zwischen der geplanten, erhebliche Ausgaben senkenden Notverordnung und ihrer sich erst allmählich einstellenden Auswirkung ergeben werde. Ob die in Betracht kommende Summe, es wurden etwa 250 Millionen Mark genannt, erreicht würde, stehe gleichfalls noch nicht fest. Im Augenblick scheine man allerdings diesen Betrag als das wahrscheinliche Ausmaß des Bedarfes ansehen zu müssen.

Verwaltungsratsitzung der Reichsbahn

Berlin, 30. April. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft tagte am 27. und 28. April in Berlin. Geschäftsbericht und Bilanz für 1930 wurden genehmigt. Die Ausschüttung einer siebenprozentigen Dividende auf die ausgegebenen Vorzugsaktien Serien 1 bis 5 wurde beschlossen.

Auch der dritte Monat des laufenden Geschäftsjahres 1931 hat nach Mitteilung der Reichsbahn infolge des Daniederliegens der Wirtschaft einen weiteren Rückgang der Einnahmen gebracht. Bis zum 1. April 1931 sind sie um rund 170 Millionen M. hinter dem Vorjahr und um rund 300 Millionen gegenüber dem Jahr 1929 zurückgeblieben.

Anstelle des in den Ruhestand tretenden Finanzdirektors Jahn wurde Reichsbahndirektor Dr. Gomburger zum Leiter der Finanzabteilung der Hauptverwaltung ernannt.

Die Deutschen verlangen Zurückziehung der Notverordnungen

Berlin, 30. April. Die deutsche nationale Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, worin die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß entweder eine sofortige Zurückziehung der Notverordnung vom 28. März dieses Jahres erfolgt oder aber im Reichstag beschleunigt Gelegenheit gegeben wird, über sie endgültig zu entscheiden.

Neuwahlen in Preußen nach dem Volksentscheid

Berlin, 30. April. Wie von durchaus zuverlässiger Seite verlautet, hat die preussische Regierung die feste Absicht, von sich aus Neuwahlen auszusprechen, und zwar die Auflösung des Landtags unmittelbar im Anschluß an den Volksentscheid vorzunehmen.

Zu den Gerüchten über einen Rücktritt Hindenburgs

Berlin, 30. April. Zu den Gerüchten über Rücktrittswilligkeit des Reichspräsidenten schreibt die „D. Z.“: „Das ganze deutsche Volk wird mit ehrfürchtigem Dank das Opfer zu würdigen wissen, das der 84-jährige Reichspräsident bringt, wenn er in bewährter Pflichttreue bis zum Ablauf seiner verfassungsmäßigen Amtsperiode, d. h. bis zum nächsten Frühjahr, in seinem hohen Amte ausharrt. Die Amtsperiode erstreckt sich auf sieben Jahre, und wenn sie abgelaufen ist, muß neugewählt werden. Dabei soll man es lassen und nicht eine Vorverlegung der Wahl, nicht eine Verlängerung der Amtsperiode, nicht eine Wahl auf Lebenszeit in die Debatte werfen. Wir haben schon in einem früheren Zeitpunkt betont, daß,

wenn Hindenburg sich im Frühjahr 1932 wiederum zur

Wahl stellen sollte — eine überwältigende Mehrheit für ihn sicher wäre!

Allerdings wäre es verständlich, wenn der Reichspräsident nach einem Leben, das 65 Jahre Dienst am Staate war, von der Last der Verantwortung befreit zu sein wünschte. Der Reichspräsident wird — wie man annehmen darf — irgend-einer Verfassungsänderung zu seinen Gunsten keinesfalls geneigt sein.

Göbbels ständiger Gast im Gerichtssaal

1000 Mark Geldstrafe gegen Dr. Göbbels wegen Beleidigung der Reichsregierung.

Berlin, 30. April. Die 2. Große Strafkammer beim Landgericht III verurteilte gestern in der Berufungsverhandlung Dr. Göbbels unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils wegen Beleidigung der Reichsregierung zu einer Geldstrafe von 1000 Mark oder fünfzig Tagen Gefängnis.

Es handelt sich um einen Artikel vom Dezember 1919 im „Angriff“, in dem Mitglieder der Reichsregierung „Landes-

verräter am Volk“, „bezahlte Mittel der Selbstfinanz“ usw. genannt worden waren.

Tegner wird hingerichtet!

München, 30. Mai. Amtlich wird gemeldet: Der Ministerrat des Freistaates Bayern hat beschlossen, von seinem Begnadigungsrecht in Ansehung des durch das Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht Regensburg vom 18. März 1931 gegen den Kaufmann Kurt Erich Tegner von Delsitz wegen eines Verbrechens des Mordes ausgesprochenen Todesstrafe keinen Gebrauch zu machen.

Zu dieser amtlichen Mitteilung erfährt die Z.N., daß die Hinrichtung Tegers in Regensburg am Freitag oder Samstag morgen erfolgen wird. Am Donnerstag früh wird Tegner im Gefängnis in Regensburg die amtliche Mitteilung von der Ablegung seines Gnadenbittens gemacht werden. Die Hinrichtung Tegers wird die erste Vollstreckung einer Todesstrafe sein, seit den Vereinbarungen zwischen dem Reichsjustizministerium und den deutschen Ländern über die Ausübung des Vollzugs der Todesstrafe.

Französische Drohung an die Adresse des Völkerbundes.

Paris, 30. April. Die Zeitung „Journée Industrielle“ veröffentlichte am Mittwoch einen Leitartikel aus der Feder Gignoux', dessen Ton und Inhalt für die französische Weltverfassung sehr bezeichnend ist. Der Verfasser sagt, die Schaffung eines „Mitteleuropas“ sei ein Wunsch, den das Recht nicht zulasse und weder in zehn noch in fünfzig Jahren ausführen oder sanktionieren werde. Das sei ein direkter Angriff auf den europäischen Status und auf die bestehenden Verträge. Wenn sich Genf unfähig zeigen sollte, diesen Plan zu unterdrücken, dann sei es erwiesen, daß man zu anderen Mitteln greifen müsse, um die Ordnung und den Frieden aufrechtzuerhalten. Wenn Deutschland dieser Angriff gelinge, dann gewinne das Ansehen einer Macht, die ganz Europa in ihr Geßel zwingen könne und freie Hand zu anderen Aktionen gewinne, die Frankreich noch weit stärker berühren würden.

Wenn also Genf versage, werde Frankreich andere Maßnahmen ergreifen müssen.

Man werde „Mitteleuropa“ eine andere wirtschaftliche Gruppe, gebildet aus den Freunden Frankreichs, entgegenstellen. Man könne jetzt noch hoffen, daß sich in Genf eine wahrhaft europäische Lösung gegenüber der partikularistischen Aktion der Zentralmächte siegreich durchsetzen werde, in diesem Falle — so schließt der Artikel — brauche Frankreich nicht weiter zu gehen.

Die Pariser Presse zur Reise Drummonds nach Rom und Berlin

Paris, 30. April. Die Pariser Presse beschäftigt sich mit der Reise des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, nach Rom und Berlin und erklärt u. a., daß vermutlich das wichtigste Ergebnis dieser Reise die grundsätzliche Zustimmung Deutschlands und Italiens zu der Wahl Hendersons zum Vorsitzenden der internationalen Abrüstungskonferenz sei.

„Mittel“ zur Abrüstung!

Verstärkung der Stoßkraft der englischen Infanterie-Regimenter.

London, 30. April. Vom englischen Generalstab ist dem Kriegsminister ein Plan zur Verstärkung der Stoßkraft der Infanterieregimenter unterbreitet worden. Es wird vorgeschlagen, daß die

leichten Maschinengewehre die Hauptwaffe der Infanterie

werden sollen. Im Laufe des Sommers werden zu diesem Zweck neue Modelle ausprobiert werden. Bei jedem Infanterieregiment soll ferner eine Kompanie mit Mörsern, eine weitere mit Maschinengewehren zur Flugzeugabwehr und eine dritte mit Maschinengewehren zur Abwehr von Tanks ausgerüstet werden.

Um das Palais de l'Elysee.

Paris, 28. April. Während sich bisher die am 13. Mai in Versailles stattfindende Wahl des Präsidenten der Republik in der Öffentlichkeit nur durch Erwägungen über die

Chancen der einzelnen Kandidaten angekündigt hat, beginnt heute in der Öffentlichkeit der Kampf.

Briand hat sich bisher noch nicht darüber geäußert, ob er kandidieren wolle oder nicht. Der extrem nationalistische, insbesondere als unerbittlicher Feind Deutschlands auftretende Deputierte Franklin Bouillon versucht heute in zwei Zeitungen, die ebenfalls vom Haß gegen Deutschland leben, dem „Figaro“ und dem „L'ordre“, die Kandidatur Briands unmöglich zu machen. Im „Figaro“ erzählt Franklin Bouillon, daß Briand dem Präsidenten des Senats, Doumer, sein Ehrenwort gegeben habe, nicht zu kandidieren, falls Doumer selbst Kandidat sein würde. Dies sei aber gewiß, fährt Franklin Bouillon fort, daß es ein unerträglicher Skandal wäre, wenn der Hüter des Ansehens — als solchen bezeichnet er Briand — Präsident der Republik würde. Im „L'ordre“ geht Franklin Bouillon noch weiter und erklärt, er sei von Doumer zu der Erklärung autorisiert, daß dieser als Präsidentschaftskandidat auftrete und hinter niemand, wer auch immer es sei, zurücktreten werde.



Zum 10. Jahrestag des Polenauflandes in Oberschlesien.

Truppen des deutschen Selbstschutzes. Oben rechts: General Hülsen, der Führer der siegreichen deutschen Truppen bei der Einnahme des Annabergs bei Leschnitz.

Am 3. Mai 1921 begann in Oberschlesien der 3. polnische Aufstand, durch den die Polen versuchten, große Teile Oberschlesiens von Deutschland loszureißen und damit dem Entscheid der Völkervereinigung vorzuzukommen.

Hier erzählt Franklin Bouillon nochmals die Geschichte von dem Briandischen Ehrenwort und daß dieser folglich nicht wagen werde, als Kandidat aufzutreten, daß aber auch im Falle der Kandidatur Briands Doumer eine große Mehrheit erhalten werde. Dieses ganze Manöver des Herrn Franklin Bouillon erscheint höchst verdächtig.

Es ist unwahrscheinlich, daß sich der Präsident des Senats gerade seiner — zur offiziellen Erklärung seiner Kandidatur bedienenden würde. Das ganze dürfte vielmehr ein Manöver sein, weil man in diesen Kreisen der Kammer Briand bekanntlich immer zu weitgehender Deutschfreundlichkeit bezieht und ihn daher auf keinen Fall auf dem Posten des Präsidenten der Republik sehen will. Doumer, der im 74. Lebensjahr steht, dessen Präsidentschaft bis zu seinem 81. Lebensjahr dauern würde, und der dem linken Zentrum des Senats angehört, hat bereits vor 25 Jahren, im Jahre 1906, für die Präsidentschaft kandidiert, blieb aber damals gegen Fallières in der Minderheit. Die Sympathien für ihn sind seither insbesondere dadurch gewachsen, daß er durch den Krieg seine sämtlichen vier Söhne verlor. Die Chancen eines anderen Senators, der vielfach für die Präsidentschaft genannt wurde, scheinen jedoch stark zu schwinden. Dies ist Poincares Parteigenosse Lebrun, für den Poincare bei der Wahl selbst sicherlich eine starke Agitation entfaltet. „Echo de Paris“ teilt jedoch mit, daß sich zwar das Befinden Poincares wesentlich gebessert habe, daß ihm jedoch die Verze die Teilnahme an der Präsidentschaftswahl verboten haben.

Faschismus und katholische Aktion.

Ein Schreiben des Papstes an den Erzbischof von Mailand.

Rom, 28. April. Eine Rede, die der Generalsekretär der Faschistenpartei, Giurati, am Sonntag vor acht Tagen in Mailand vor den faschistischen Jugendverbänden hielt, und in der er auch zur katholischen Jugendberziehung Stellung nahm, hat den Papst zu einem Schreiben an den Erzbischof von Mailand, Kardinal Schuster, veranlaßt.

Der Papst greift damit ein zweitesmal in die Polemik zwischen Faschismus und Katholische Aktion ein, er unterstreicht die besondere und eigentliche Zuständigkeit und Autorität der Kirche in den Fragen der Jugendberziehung. Das faschistische Regime habe nicht nur die Pflicht, dieses der Kirche von Gott übertragene Amt zu achten, sondern auch dessen Ausübung zu günstigen. Unter Zitierung einer weiteren Stelle aus der Rede



Oben: Eine von den Polen gesprengte Brücke. Rechts Mitte: Korfanti, der Führer der polnischen Injuranten. Unten: Engl. Panzerzug, der in das umkämpfte Gebiet geschickt wurde.

UM EVA WILDES ERBE

25) Ist die hübsche Krankenschwester — Miß Helen, die Sie mit damals landten, noch im Witte-Hospital, Dr. Al-

„Nein“, sagte er und seine Stimme bebte. „Sie ist nicht mehr Krankenschwester. Sie ist meine Patientin.“

„Ist sie krank? Was fehlt ihr denn, Doktor?“

„Sie ist über dem Schrecklichen, das sie erlebte, wahnsinnig geworden, Mrs. Silver.“

Die alte Frau zuckte zusammen. Tränen traten in ihre Augen. Ihre Lippen zitterten.

Das reizende, gute Geschöpf? Um Gotteswillen, wie ist das gekommen?“

Der Arzt zögerte. Er wollte nicht sprechen, aber die grauen Frauenaugen zwangen ihn dazu.

„Mrs. Silver, ich will es Ihnen erzählen. Miß Helen heiratete und lebte fern der Großstadt einsam mit ihrem Mann. Der hatte einen Todfeind und das war sein eigener Bruder. Eines Tages erschien er auf der Farm und zwei Tage darauf wurde der Gatte Helens mitschuldig erschossen. Der Bruder hielt Helen mit ihrem Kinde gefangen. Als sie einen Fluchtversuch unternahm, jagte ihr der verräterische Bruder mit seinen Cowboys hinterher. Und eilend ist Helen wahnsinnig.“

„Großer Gott, kann ein Mensch so schlecht sein?“

Der Arzt fuhr fort. „Wir fanden Frau Helen allein in der Farm mit einer schwarzen Pflegerin. Und von dem Kinde fanden wir keine Spur. In Fristo haben wir den Schurken gestellt. Er leugnet ab, seinen Bruder erschossen zu haben. Von dem Kinde will er nichts wissen.“

Die alte Frau war erschüttert. „Das Kind verschwunden.“

„Wie alt war es, Doktor?“

„Ein reichliches Jahr. Ein hübsches, süßes Ding — und er weiß, wo es verscharrt worden ist.“

„Erhöht er an der Säule.“

„Wenn sie nach dem Kinde schreit“, fuhr er fort, „das ist

o qualvoll, daß es einem die Seele aus dem Leibe reißen will. Es ist wie das Wimmern eines Kindes, das verlassen ist. Meine stärksten Pflegerinnen können den furchtbaren Jammer nicht mit ansehen und anhören.“

Die Frau im Silberhaar atmete schwer.

„Und wer hat dieses maßlose Elend heraufbeschworen?“

Ein kurzes Zögern, dann kam's stoßweise heraus: „Allan Wilde!“

Die Veränderung, die im Antlitz der alten Dame vor sich ging, war furchtbar. Die Augen traten fast aus den Höhlen; urtümlicher Zorn schien in ihnen zu flammen.

„Sagen Sie den Namen noch einmal!“ flüsterte sie und ihre Hände trampften sich in seinen Arm.

„Allan Wilde!“

Mrs. Silver sank in einen Sessel. Lange Zeit saß sie starr da. Als sie wieder zu sprechen begann, klang ihre Stimme völlig verändert.

„Und was werden Sie jetzt tun, Mr. Alving?“

„Mr. Carrington hat die Sache in den Händen und ich helfe ihm, so gut ich es vermag. Er hat beim Generalstaatsanwalt Klage gegen Allan erhoben.“

„— und?“

„Der Generalstaatsanwalt entspricht der Klage.“

„Gottlob!“ Befriedigung war in dem Wort.

„Aber bis zur Verurteilung ist ein weiter Weg. Der Generalstaatsanwalt ist selbst skeptisch. Carrington ist bemüht, noch neue Zeugen heranzuführen. Ich habe ihm dazu mein ganzes Vermögen zur Verfügung gestellt.“

„Würden Sie Mr. Carrington morgen einmal zu mir leiten?“

„Gern!“ sagte der Arzt verwundert. Eine Frage nach dem Namen lag ihm auf den Zügen, aber er schwieg.

Plötzlich lagen sie, wie ein Diener bestürzt zu Mr. Allan Wilde trat und ihm etwas zuflüsterte.

Der Millionär schien zu erschrecken, dann hatte er sich wieder in der Gewalt.

Büßig ruhig folgte er dem Diener.

Mrs. Silver sah, wie sich das blass Antlitz des Arztes vor Aufregung rötete.

„Glauben Sie, daß...“

„Ja, Mrs. Silver. Ich glaube, daß der Generalstaatsanwalt seine Pflicht tut und Allan Wilde verhaftet.“

Und es war so.

Nach einigen Minuten erschien der Hausmeister und teilte den Gästen mit, daß der Abend abgebrochen werden müsse.

Da Mr. Wilde vom Generalstaatsanwalt auf eine Anklage hin verhaftet worden sei. Der Irrtum werde sich gewiß bald klären.

Mr. Wilde lächelte dem Kommen mit arthritischer Ruhe entgegen und zweifelte nicht an seiner glänzenden Rehabilitierung.

Unter den Gästen entstand eine Panik. Alles stürzte nach den Garderoben. Die Diener schwitzten.

Dr. Alving wollte sich den Davonschreitenden anschließen, doch Mrs. Silver hielt ihn am Arme fest. Flüsterte ihm zu:

„Rufen Sie die Gelegenheit. Kommen Sie, Doktor. Ich will mit Ihnen zusammen nach Allans Arbeitszimmer. Vielleicht finden wir etwas, was ihn aufs Schärfste belastet.“

Einen Beweis, daß er das Kind raubte.

Einen Augenblick lang war Widerstand in ihm. Dann aber sagte er sich, daß es um das Recht ging, dachte an Helen.

Sie schritten durch den Saal, ohne, daß es einer der Davondrängenden merkte. Mrs. Silver öffnete eine kleine Tür, die dem Auge des flüchtigen Beschauers entging.

Sie schlüpfen durch die kleine Tür und standen auf einem schmalen Korridor. Der Läufer dämpfte ihre Schritte bis zur Unhörbarkeit.

Nach wenigen Schritten klinkte Mrs. Silver eine Tür auf. Horchte einen Augenblick.

Nichts rührte sich.

Vorsichtig traten sie ein und standen im Schlafzimmer Allans. Mit erlebener, schier blendender Pracht war es ausgestattet. Das zeigte ihnen das Licht, das sie aufstammen ließen.

Mit dem Arbeitszimmer war es direkt verbunden, nur eine Portiere trennte es von dem Gemach.

Mit unhörbaren leisen Schritten traten sie zur Portiere. Vorsichtig spähte der Arzt ins Arbeitszimmer.

Es war leer, dunkel. Er rief die Portiere zurück und trat mit der Kerze von Allans Nachtschiff ins Zimmer.

Mrs. Silver rief die Portiere am Fenster herunter, daß kein Lichtstrahl hinausdränge.

Dann traten sie zum Schreibtisch. Sie hatten Glück, denn der Schlüssel steckte. Absehnend hatte sich Allan sehr sicher gefühlt.

Die alte Frau rief die Kästen auf. Suchte, bis sie endlich einen leisen Schrei ausstieß.

Giurialis erklärt Pius XI.: „Mit Entschiedenheit verwerfen wir und tadeln wir als für beide hohen vertragsschließenden Parteien beleidigend die Schlussfolgerung, die einige in Italien und außerhalb Italiens irrtümlicherweise machen zu können glauben, daß nämlich der säkularisierte Staat dem Heiligen Stuhl eine Falle gestellt habe“. Das päpstliche Schreiben untersucht dann die angeblichen Schwierigkeiten, die durch die Tätigkeit der katholischen Aktion entstehen könnten und erklärt, daß der säkularisierte Anspruch auf „eine Totalität des Regimes und des Staates, die auch das überirdische Leben umfassen wollten, ein Absurdum sei und daß es eine regelrechte Ungeheuerlichkeit wäre, wenn er in die Praxis umgesetzt werden sollte“.

Im zweiten Teil des Schreibens an Kardinal Schuster tritt Pius XI. für ein allen Tellen förderliches Nebeneinanderarbeiten der säkularisierten Korporationen und der katholischen Aktion ein, die, wie er sagt, nicht Politik treiben darf. Das päpstliche Schreiben kommt zu dem Schluß, daß korporative Tätigkeit und katholische Aktion sich notwendigerweise begegnen müssen. Bei dem aufrichtigen guten Willen auf beiden Seiten könne ihr Zusammentreffen sich nur in dem Sinne auswirken, daß sie sich zum größeren Wohlergehen koordinieren. Was die Kirche mit der katholischen Aktion wolle, sei niemals so offenkundig gewesen als heute. Der Papst hofft, mit diesem Schreiben Mißtrauen und Verdächtigungen zu zerstreuen, die nicht mehr zu rechtfertigen wären.

Angriff der Regierungstruppen auf Funchal

Blutige Zusammenstöße in Lissabon.

London, 30. April. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Madeira wurde am Dienstag das Kanonenboot „Ibo“, das den Bodendienst versah, von den Aufständischen vor Funchal beschossen. Das Kanonenboot verweigerte das Feuer und zwang die Aufständischen, ihre Stellungen aufzugeben. Weiter wird gemeldet, daß die Wasserflugzeuge der Regierung am Dienstag die drahtlose Station der Aufständischen auf dem Fort „João das Ruínas“ bei Funchal mit Bomben beschoß und zum Schweigen gebracht haben. Alle Flugzeuge sind wohlbehalten nach Porto Santo zurückgekehrt. Ein Hospitalschiff in Lissabon hat Befehl erhalten, sich für die Abfahrt nach Madeira bereitzustellen. Der Angriff auf Madeira hat ohne vorherige Warnung stattgefunden, entgegen der Versicherung einer 24 stündigen vorherigen Ankündigung, die die portugiesische Regierung mit den interessierten Mächten vereinbart hatte. Die drei internationalen Potenzen in Funchal werden allgemein als neutrale Zone gehalten.

Badischer Landtag

Die Amerikanerrede — Nochmals der Fall Gumbel — Das Schächterverbot.

Karlsruhe, 30. April. Zu Beginn der Sitzung am gestrigen Nachmittag wurde mitgeteilt, daß der Reichsminister für den Landtag denachrichtigt habe, daß er nicht in der Lage sei, der Entscheidung des Landtages wegen des Verbots der Amerikanerrede zu entsprechen. In jener Entscheidung des Landtages waren Milderungen zu dem von der Reichsregierung ausgeprochenen Verbot der Anpflanzung der Amerikanerrede in Baden erbeten worden. Nach einer ziemlich ausgedehnten Geschäftsordnungs-Debatte wurde die zweite Lesung des geänderten Einführungsgegesetzes zu den Reichsjustizgesetzen von der Tagesordnung abgesetzt und für die Donnerstagssitzung vorgemerkt.

Eine rauchige Erledigung fand bald darauf die förmliche Anfrage der A.E.D.M. wegen der Berufung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum a.o. Professor an die Universität Heidelberg, die bereits vor Jahresfrist Gegenstand einer Behandlung im Landtag war. Eine völlige Aufklärung der Angelegenheit, ob bei der Unterbrechung über die Ernennung Gumbels zum Professor zwischen dem Ministerialreferenten und dem Dekan der Philosophischen Fakultät auch Professor Güntert anwesend war oder nicht, konnte nicht gegeben werden. Eine Aussprache über diese Vorlage fand nicht statt.

Abgelehnt wurde ein Antrag der Nationalsozialisten, die Regierung möge ein Verbot des Schächters der Tiere erlassen lassen. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß diese Angelegenheit nur durch reichsgesetzliche Regelung geändert werden könnte. Mit zur Beratung stand eine förmliche Anfrage über den Viehhandel an der badisch-bayerischen Grenze und die dadurch bedingte Gefahr der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche. Regierungsfürsorge wurde dazu mitgeteilt, daß die Seuche bereits Ausbruch des letzten Jahres erlitten ist. Einschleppungen hätten nicht stattgefunden. Gegen den nationalsozialistischen Antrag stimmten die Regierungsparteien und die Demokraten, der Ev. Volksdienst enthielt sich der Stimme und die übrigen Fraktionen stimmten für ein Verbot des Schächters der Tiere.

Am Schluß der Sitzung berichtete Johann Abg. Dr. Waldin (Staatsp.) über die Denkschrift des Finanzministers über die Lage der Privatbahnen in Baden. Der Ausschuß war der Ansicht, die Regierung möge erwägen, ob sie nicht wie früher vor allem den Privatbahnen gegenüber einen etwas milderen Standpunkt einnehmen sollte. Im Interesse der Erhaltung der Staatsautorität sei aber eine klare Konfessionierung an Privatbahnen unbedingt der Umgehung auf Bestellung durch Vereine vorzuziehen. Es bestand Einstimmigkeit darüber, daß die Privatbahnen unter allen Umständen erhalten werden sollten.

Eine Aussprache über die Denkschrift fand nicht mehr statt. — Fortsetzung der Beratungen heute Donnerstag vormittag 9 Uhr.

Die Rot-Frontkämpfer-Uniform weiterhin verboten

Karlsruhe, 30. April. Im Zusammenhang mit der Aufhebung des allgemeinen Uniformverbotes für das Land Baden ist die Frage aufgetaucht, ob nunmehr auch die Uniform des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Jungfront und der dazu gehörigen Zweigorganisation getragen werden darf.

Die Frage ist zu verneinen. Es handelt sich hier um Organisationen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und des Reichsvereinsgesetzes aufgelöst und verboten sind und deshalb in keiner Weise, auch nicht durch das Tragen von Uniform oder Abzeichen, in Erscheinung treten dürfen.

Der Voranschlag des Kreises Mosbach.

Mosbach, 30. April. In der Kreisversammlung am Montag wurde der Voranschlag des Kreises für 1931/32 verabschiedet. Der an Gesamtausgaben 997 000 Mark, an Gesamteinnahmen 600 300 Mark vorliegt, so daß durch Kreissteuer 396 700 Mark zu bedecken sind. Die Ausgaben für die Kreisstraßen belaufen sich im neuen Voranschlag auf 243 000 Mark gegenüber 342 000 Mark im Vorjahre. Für die Gemeinde-

wegen sind insgesamt 37 000 Mark im Voranschlag eingeplant. Für die Gesundheitspflege 43 000 Mark, für landwirtschaftliche Zwecke 85 100 Mark, für Gewerbe, Handel und Industrie 11 500 Mark, für die Kreisverwaltung 25 000 Mark, für die Mittelschulen 17 500 Mark, für Erziehung und Verpflegung orphansamer Kinder und Lehrlinge 14 000 Mark, für Zinsen und Schulden 12 000 Mark, für Versorgungsgelder 7500 Mark, für gemeinnützige Zwecke 7400 Mark, für die Wanderversicherung 1000 Mark. Die Nationalsozialisten

Fahrender Eisenbahnzug in Brand.

Viele Tote und Verletzte.

London, 30. April. Einer Meldung der „Exchange Telegraph“ aus Kairo zufolge sind gestern nachmittags der Alexandria-Kairo-Express 38 Personen, darunter zehn Kinder, fanden dabei den Tod. Drei starben nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus und 36 Personen wurden schwer verletzt. Viele Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit verformt. Der Zustand einer Reihe von Verwundeten ist sehr ernst. Unter den Toten befindet sich nur ein Europäer. Das Feuer, das wahrscheinlich durch das Heißlaufen eines Wagens entstanden war, erfaßte drei hölzerne Wagen dritter Klasse älteren Typs. Der Zugführer hatte den Ausbruch des Brandes nicht bemerkt, sondern wurde erst während der Fahrt durch einen Streckenwärtler auf die ausbrechenden Flammen aufmerksam gemacht.

Expedition in Belgisch-Kongo verunglückt

London, 30. April. Von einem schweren Unglück ist die amerikanische medizinische Expedition in Belgisch-Kongo betroffen worden. Der Führer der Expedition,

Dr. Torrance, eine Autorität für Tropenkrankheiten, ist im Kongo ertrunken.

Die übrigen Expeditionsmitglieder sind durch die Überschwemmungen des Kongo von der Außenwelt abgeschnitten und gelten als verloren. Die Expedition sollte die Schlafkrankheit untersuchen. Auf einer früheren Expedition hatte Dr. Torrance mehrere Gefährten durch Angriffe von Eingeborenen verloren.

9 Tote beim Brand einer Petroleumquelle

New York, 30. April. In Gladwater im Staate Texas geriet aus noch unbekannter Ursache, eine Petroleumquelle in Brand. Bisher konnten 14 Tote geborgen werden. Drei Personen werden vermisst. 12 Personen sind schwer verletzt.

Das Petroleum soll sich durch Funkenflug entzündet haben. Die Flammen schossen aus dem Loch. Einige Arbeiter, die in der Nähe der Quelle beschäftigt waren, wurden von der Flamme erfaßt und stießen als brennende Fackeln umher, ohne daß ihnen von den zahlreichen Zuschauern Hilfe gebracht werden konnte.

Notlandung eines deutschen Freiballons in Polen

Berlin, 30. April. Zu der Notlandung eines deutschen Luftballons in Polen wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß sich die Insassen des Ballons im Besitz der Einflugschneidung nach Polen befanden. Die Aufnahme der Deutschen sowohl durch die Behörden als auch durch die Bevölkerung sei daher auch sehr freundlich. Dem steht allerdings gegenüber, daß die drei Insassen von den polnischen Behörden festgenommen worden sind.

Ozeanflieger Ahrenberg nach Grönland gestartet

Stockholm, 30. April. Der schwedische Ozeanflieger, Gytin Ahrenberg, ist gestern vom Flughafen Västana bei Malmö nach Grönland gestartet, um dem englischen Gelehrten Courtland von der Walfisch-Expedition Hilfe zu bringen. Courtland ist 200 km von der Küste entfernt im Inlandeis verschollen und konnte bisher von keiner Hilfsexpedition aufgefunden werden. Hauptmann Ahrenberg, der von einem Radiotelegraphisten und einem Mechaniker begleitet ist, benutzt für den 3000 km langen außerordentlich schwierigen Flug eine deutsche Junker smaschine. Er fliegt über Bergen und Island nach Angmagssalik in Südgrönland.

Am die Ursache der Schweizer Grubenexplosion

Bezieht ein Zusammenhang mit Sprengstoffdiebstählen. Haarsträubende Mißwirtschaft.

Basel, 30. April. Im Zusammenhang mit den in den letzten Wochen erschienenen Freireisungen über Sprengstoffdiebstühle, die aus Diebstählen bei den Steinkohlengruben des Aachener Bergbaureviere, insbesondere der Grube Eschweiler Reserve herkommen sollen, ist die Hauptverwaltung des Bergbauunternehmens Arbeiterverbandes in einer Veröffentlichung auf die Frage ein, ob die große Explosion auf Eschweiler Reserve mit diesen Sprengstoffdiebstählen etwas zu tun habe. Nach einem Hinweis auf die Feststellungen des Unfalluntersuchungsausschusses der Gruben Sicherheitskommission beim Oberbergamt in Bonn, die einen Anhaltspunkt für ein Attentat nicht erblicken konnten, erklärt der Verband, daß ihm die mehr als lange Handhabung der Sprengstoffwirtschaft im Aachener Revier bekanntgewesen sei. Wenn der Staatsanwalt nunmehr Untersuchungen anstelle, dann könne man ihm den Weg weisen zu den Wurzeln des Übels. Im Bergbau verleihe die Bergpolizei das Amt der Polizei, sei also das Untersuchungsorgan des Staatsanwalts.

Die hierfür in Frage kommenden Bergpolizisten haben die Mißstände im Aachener Steinkohlengruben infolge mangelnder Kontrolle mitverschuldet.

Wenn der Staatsanwalt diese Organe zur Untersuchung gebrauche, dann werde er naturgemäß nichts erfahren. Schon als vor einiger Zeit einige Eschweiler Kommunisten wegen Sprengstoffdiebstahls verurteilt wurden, sei die Mißwirtschaft aller Beteiligten offenbar geworden. Eine durchgreifende Änderung sei aber auch dann noch nicht eingetreten.

Es sei selbstverständlich, daß politische Organisationen, die glauben, zur Durchföhrung ihrer politischen Ideale Dynamit gebrauchen zu müssen, jede Gelegenheit wahrnehmen, um es sich zu beschaffen. Durch die Mißwirtschaft seien solche Elemente zum Diebstahl angereizt worden.

In der Mitteilung des Verbandes heißt es schließlich, daß er in der Lage sei, der Deffektivität

„Haarsträubende Dinge“

über diese Mißwirtschaft vorzulegen. Wenn der Staatsanwalt Klarheit haben wolle, dann müsse er sich an die Ver-

wandern sich insbesondere gegen die Ausgaben für das Volkshaus, da sie nur zu politischen Zwecken verwendet würden. Die Position wurde jedoch genehmigt, nachdem das Zentrum erklärt hatte, daß diese Büros allen Anstalten in Rechtsachen erteilen und sich bisher gut bewährt haben. Um den Kreis finanziell zu entlasten, wurde ferner einstimmig beschlossen, die Tilgung des für die Erweiterung der Anstalt Krauthaus aufzuwendenden Baukapitals in 15 Jahresraten mit je 8000 Mark durchzuführen.

vandensorgaze im Aachener Revier wenden und nicht Belastete mit der Unterföhrung beauftragen.

10 Todesopfer der Katastrophe in Magdeburg

Magdeburg, 30. April. Von den mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingelieferten Arbeiterinnen der Sacharinfabrik sind zwei weitere gestorben, so daß die Katastrophe im ganzen zehn Menschenleben gefordert hat. Das Befinden des Meisters Günther ist den Umständen nach zufriedenstellend.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 30. April 1931.

b Bau- und Siedlungsgesellschaft. Die segensreiche Einrichtung der Deutschen Bau- und Siedlungsgesellschaft in Darmstadt, durch Zweckiparen bei gegenseitiger Selbsthilfe zu einem Eigenheim zu kommen, hat auch in Sinsheim fruchtbaren Boden gefunden. Auf Veranlassung der Mitglieder der D. B. S. fand am 25. April eine Mitgliederversammlung im Gasthaus „zu den drei Königen“ statt, bei welcher die Gründung einer Ortsgruppe vollzogen wurde. Zur Zeit zählt die Ortsgruppe 14 Mitglieder; mit einem nennenswerten Zuwachs ist zu rechnen. Mit der Führung der Ortsgruppengeschäfte wurde ein Ausschuß bestellt und Herr Emil Nerpel zum Obmann, Herr Rottmeier zum Kassier und Herr Hauptl. Berg zum Schriftführer ernannt. In einer darauffolgenden Aussprache wurde auf den Sinn und Zweck des kollektiven, zinsfreien Bauiparens (Erwerbung von Eigenheimen, Ablösung von Hypotheken) hingewiesen und auf seine wirtschaftliche Bedeutung für unsern Heimatort aufmerksam gemacht.

§ Stundungsgesuch bei Steuerzahlung. Wenn jemand nicht in der Lage ist, seinen steuerlichen Verpflichtungen (Vorauszahlungen oder Abschlußzahlungen) nachzukommen, so sollte er auf keinen Fall verabsäumen, dem zuständigen Finanzamt ein Stundungsgesuch einzureichen. Tut er dies nicht, so verurteilt er Verzugszuschläge, zumindest aber setzt er sich der Gefahr aus, Verzugszuschläge zahlen zu müssen, die je nach dem Objekt verschieden hoch sind. In der heutigen Zeit hat niemand etwas zu verschonen und es bedarf ja nur einer ganz kurzen Mitteilung an das Finanzamt mit der Bitte, die Steuerföhrung zu stunden.

* Was der Bauer vom Mai sagt. Die bekanntesten Bauernregeln für den Monat Mai lauten: Je später der Schlehorn nach dem 1. Mai blüht, desto schlimmer soll es um die Heu- und Kornerte stehen. Grün schmückt sich bald Flur wie Au, fällt vom Himmel Malentau. — Will der Mai ein Gärtner sein, so trägt er nicht in Scheuern ein. — Wenn die Holztauben ungewöhnlich rufen, so bedeutet es schönes Wetter. — Maienfröste, unnütze Gäfte. — In der Mitte des Mai ist der Winter vorbei. — Am Maienichluß blühende Eichen, für Äpfel ein gutes Zeichen. — Wie schnell oder langsam der Flieder blüht, es ebenso mit der Ernte geschieht. — Regnet es zu Pfingsten stark, schädigt es der Früchte Mark. — Ists im Mai recht kalt und naß, bleiben wir veröhnt vom Maikaiserfranz. — Wenn sich naht St. Stanislaus, rollen die Kartoffeln raus. — Auf Petronellentag Regen, wird sich der Hafer legen. — Wenn die Wachteln fleißig schlagen, künden sie von Regentagen. — Ein kühler Mai hat gut Geheil. — Regen im Mai gibt fürs ganze Jahr Brot und Heu. — Im Mai zartes saftiges Gras, gibt gute Milch ohn Unterlaß. — Sind Philippus und Jakob naß, so machts dem Bauern großen Spaß. — Pankraz und Urban ohne Regen, folgt ein großer Weinregen. — Pankratius, Servatius, Bonifatius, der Gärtner sie beachten muß, geben sie vorüber ohne Regen, dem Weine bringt es großen Segen.

Weller, 29. April. (Schützenverein.) Am Samstag Abend veranstaltete der Schützenverein einen sehr lehrreichen und interessanten Lichtbildervortrag über Leibesübung und Sportpflege. Der Redner des Abends, Hauptlehrer Henrich aus Unterföhrbach, gab eine Uebersicht über den Stand der Sportbewegung in Deutschland, die noch weit hinter der des Auslands zurückstehe. An Hand von Lichtbildern erläuterte er die Ziele der Volkssportschule in Mönningen (ehemaliger Truppenübungsplatz) und zeigte ferner Bilder der verschiedenen Sport- und Schießplätze unserer engeren Heimat. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die erschöpften Preise zeugten von der erfolgreichen Tätigkeit unseres Schützenvereins, der auch in Zukunft blühen und gedeihen möge.

Eschelbach, 29. April. (Im Silberkranz.) Dieser Tage konnten Landwirt Ludwig Schrödel und Frau Margarete geb. Bender, sowie Landwirt Karl Rudiffe und Frau Elisabeth geb. Landes das Fest der silbernen Hochzeit feiern.

Adelshofen, 29. April. (Die Sammlung) für die Gebrechlichen ergab am Sonntag die schöne Summe von 64.20 Mark.

Neckarbischofsheim, 29. April. (Verschiedenes.) Das bei dem Motorrad-Unfall am Gründonnerstag schwer verletzte Dienstmädchen Käthe Möhner von Kälbertshausen konnte als geheilt aus dem hiesigen Krankenhaus entlassen werden. Dem Unglück sind damals zwei Menschenleben zum Opfer gefallen. — Die Sammlung für die Gebrechlichenverbände ergab hier eine Summe von 84.30 RM. — Auf Eruchen der Wahlberechtigten von Badisch-Helmhof hat der Gemeinderat für die demnächst stattfindende Bürgermeisterwahl einen besonderen Stimmbezirk in Helmhof genehmigt.

Helmstadt, 29. April. (Die Sammlung) für die Gebrechlichenverbände hat hier die schöne Summe von 82 RM. ergeben. Wenn man bedenkt, daß die letztjährige Ernte durch Hagelschlag fast ganz vernichtet worden ist, so ist das Ergebnis ein Beweis großer Opferfreudigkeit der hiesigen Bevölkerung.

Untergimpeln, 29. April. (Katholikentag.) Am Sonntag hatten wir in unserer Filialgemeinde Katholikentag. Das Hochamt mit sakramentalem Segen gelebrierte Herr Stadtpfarrer Kreuzer aus Walldorf. Es war zugleich die Feier unseres Patroziniums, des Schutzfestes des hl. Josef. Herr Stadtpfarrer Kreuzer behandelte in der Festpredigt Wesen und Wirken der heiligen Kirche, wie sie aus allen Kämpfen und Leiden doch durch Gottes Vorkehrung immer wieder zum Siege geführt worden ist. Den Katholiken erwächst die Aufgabe, besonders in der heutigen schweren Zeit treu die Sache ihres Glaubens aufzu-

